

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Bestellt nicht mit Ausnahme der Gewer- und Zeitschriften nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellt bei Bestellungen monatlich, vierteljährlich, halbjährlich, jährlich, auf dem Lande, wird die Post bezogen. Bestellungen, die mit Bestellungen verbunden sind, sind zu bezahlen. Die Postämter sind für den Empfang von Bestellungen und die Lieferung von Zeitungen verantwortlich. Die Postämter sind für den Empfang von Bestellungen und die Lieferung von Zeitungen verantwortlich.



Interessante Artikel für die 6. Ausgabe der Wilsdruffer Zeitung über den Kampf, den die Wilsdruffer Zeitung im Kampf um die Wilsdruffer Zeitung führt. Die Wilsdruffer Zeitung ist die einzige Zeitung in Wilsdruff, die die Interessen der Wilsdruffer Bevölkerung vertritt. Die Wilsdruffer Zeitung ist die einzige Zeitung in Wilsdruff, die die Interessen der Wilsdruffer Bevölkerung vertritt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzerenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 98

Donnerstag den 27. April 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident Ebert begrüßt in Berlin den Räter Mannereigenverein mit einer Ansprache über die Reichstreue der Rheinländer.

* Die Konferenz von Genua wird nach englischen und französischen Mittermeldungen Mitte nächster Woche ihre Arbeiten beenden.

* Die Ratten stellen in Genua so weitgehende Bedingungen, daß die Verhandlungen der Alliierten mit ihnen als aussichtslos angesehen werden.

* Der englische Finanzminister Sir Robert Horne äußerte sich sehr optimistisch über die Aussichten, eine Konferenz der Zentralbankinstitute der ganzen Welt mit Einschluß Amerikas einzuberufen.

* Polnarcé drohte in einer Rede neue selbständige Sanktionen der Franzosen gegen Deutschland nach dem 31. Mai an.

Sanktionen!

Nach Genua konnte und kann der französische Ministerpräsident nur aufreizende Telegramme absetzen, um den von Lloyd George angestrebten Erfolg der Konferenz nach Möglichkeit zu verhindern. In Frankreich selbst versucht er dagegen durch Brandreden die Stimmung vorzubereiten, die er braucht, um trotz Genua das Ziel zu erreichen, das ihm einzig und allein am Herzen liegt. Seit Wochen wußte man, daß er noch vor Ablauf dieses Monats im Vorhinein eine Wahlrede halten würde, und man mußte sich nach allem, was Herr Poincaré zu bewegen pflegt, auf starke Stücke gefaßt machen. Er hat aber auch die trübsten Erwartungen weit übertraffen.

Selbstverständlich hat, wenn man ihm glauben darf, kein französischer Politiker jemals von Annerkennung geträumt, seiner auch nur im entferntesten daran gedacht, fremde Bevölkerungen gegen ihren Willen der französischen Republik einzuverleiben. Das gute, das redliche, das treue Frankreich wünsche nichts mehr, aber auch nichts weniger, als die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. Wie sollte es nicht den Wunsch haben und die Absicht, so viel wie möglich seine militärischen Lasten zu verringern. Aber wer werde nach dem Abschluß des Vertrages von Rapallo nicht die Unklugheit empfinden, die darin bestehe, zu rasch abzurufen. Herr Poincaré hält sich über die Sympathien auf, die zwischen Deutschland und den Bolschewisten sich angeknüpft hätten; derselbe Herr Poincaré, der vor dem Weltkrieg die intimen Beziehungen zwischen Frankreich und dem zaristischen Rußland gar nicht eng genug knüpfen konnte. Er stellt sich beunruhigt durch die Beobachtung, daß in Deutschland immer noch Polizeikräfte aus ehemaligen Unteroffizieren zusammengesetzt unterhalten werden, die sich vom Abend zum Morgen in militärische Kadets umwidmen könnten. Die Waffendepots, die man in Oberösterreich entdeckt hat, sind immer noch Herrn Poincarés, aus den deutschen Provinzen dorthin zusammengetragen worden, und die Attentate, die dort vorgekommen sind, heißen strenge Sanktionen — wohl gemerkt, die Attentate, die gegen Polen verübt wurden, während die vielfältigen Mordtaten, denen deutsche Bürger zum Opfer fielen, für den französischen Ministerpräsidenten überhaupt nicht zu existieren scheinen. Auch die „Ausschüsse“ läßt Herr Poincaré wieder aufmarschieren; offenbar sollten, meint er, früher oder später in einer der Ostprovinzen Unruhen hervorgerufen und die an Polen abgetretenen deutschen Gebiete wieder zurückerobert werden. Unerläßlich sei es, auch weiterhin noch in Deutschland umfangreiche Kontrollmittel über die Luftschifffahrt, die militärischen Organisationen und die Bewaffnung bestehen zu lassen, und so könne er immer nur wiederholen, daß, ehe Frankreich, seinem eigenen Herzenswunsch entsprechend, mit der Abrüstung beginnen könne, Deutschland zuerst „wirklich und vollkommen“ werde entwaffnet werden müssen.

Und nun die Reparationen! Hier steht der Verfalltag des 31. Mai bevor. Wenn Deutschland bis dahin das Programm der Reparationskommission nicht ausgeführt habe, dann hätten, so sagt Poincaré, die Alliierten die Pflicht, Maßnahmen zum Schutze ihrer Interessen zu ergreifen. Wenn es ginge, im Wege gemeinsamer Aktionen, wenn es aber nicht ginge, würde, nach dem Wortlaut des Vertrages, nötigenfalls auch jede der interalliierten Mächte für sich allein handeln können. Frankreich würde seine Sache in voller Unabhängigkeit verteidigen, wenn es die Zusammenarbeit mit den übrigen Alliierten nicht erreichen könnte. Es würde nicht duben, daß „unser unglückliches Land“ unter dem Gewicht der Reparationen zusammenbräche, an der Seite eines Deutschlands, das nicht die notwendigen Anstrengungen machen wolle, um sich seiner Schuld zu entledigen. Wollte man wirklich glauben, daß der Vertrag von Rapallo nur wirtschaftliche Bedeutung habe? Habe man ihm keine Geheimnisse angefügt? Ihn nicht die Bedeutung eines Verbundes für politische oder militärische Kommandierungen beilegt? Jedenfalls sei aber mit ihm eine Annäherung gegeben, die morgen schon eine direkte Bedrohung gegen Polen, und damit eine indirekte Bedrohung gegen Frankreich werden könne. Frankreich werde sich die genaueste Prüfung dieses Vertrages angelegen sein lassen und sei entschlossen, daraus alle Konsequenzen zu ziehen. Auf

den Einigungsversuch, den er darstelle, werde er für seinen Teil keinesfalls mit Schwäche antworten. Was hier vor sich gehe, sei eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts, der man nicht durch große internationale Verhandlungen begegnen könne. Was nähmen da alle wirtschaftlichen oder finanziellen Formeln, alle Überlegungen von Bankensortimenten oder gelehrter Sachverständiger über Wechselkurse und Transportfragen? Den Revanchehoffnungen des deutschen Volkes, wie auch den revolutionären Träumen der Bolschewisten werde man durch Anwendung lediglich moralischer Kräfte nicht den Boden abgraben können. In Genua werde Frankreich nur bleiben, unter der Voraussetzung, daß keinerlei Konzessionen weder an Deutschland noch an Sowjetrußland gemacht würden.

Dieses Bekenntnis einer schönen Seele wird nun in Frankreich seine Wirkung tun, mag auch die übrige Welt noch so sehr über die Halluzinationen eines Mannes den Kopf schütteln, der offenbar den Unfrieden um jeden Preis will, nicht den Frieden. In Genua hat Lloyd George schon am Sonntag zwischen der Haltung des französischen Volkes und derjenigen der französischen Regierung unterschieden. Wie lange diese Unterscheidung noch aufrecht erhalten werden kann, ist sehr die Frage, denn der Chauvinismus ist nun einmal eine französische Erfindung.

„Kaiser Poincaré“

In der englischen Presse findet die Rede Poincarés teilweise scharfe Kritik. „Daily Herald“ überschreibt seinen Leitartikel über die Rede „Kaiser Poincaré“ und gibt den europäischen Staatsmännern den Rat, Poincaré zu ignorieren und ihren Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincaré seine Stellvertreter aus Genua zurückziehen wolle, so sollen sie um Gnade bitten. Sie wären dort nur eine Plage. Poincaré sei eine Gefahr, weil er ernst genommen werde. Sobald sein Sturz eintritt, werde er aufhören, Europa zu verpesten. „Daily News“ sagten, Poincaré rede wild vor der Entschlossenheit, Maßnahmen, „wenn nötig allein“, zu treffen, um Deutschlands Rassen zu leeren. Das bedeute, daß er wisse, Großbritannien werde ins Nachbarland nicht einmarschieren; es bedeute aber auch die moralische Isolierung Frankreichs, die für alle offenkundig sei.

Letzte Ziele in Genua.

Rußland. — Friede. — Anleihe.

Wäglich spricht man vom Ende der Konferenz. Eben war noch Hochspannung und Krisenluft. Dann kam man aber die Klippen hinweg, und die Konferenz war gerettet. Aber sie ist müde und eilt ihrem Ende entgegen. Wahrscheinlich wird sie in der nächsten Woche geschlossen werden, und zwar voraussichtlich mit einem feierlichen Schlußakt. Jetzt macht sich allgemeiner Eifer geltend, möglichst rasch in etwa zehn Tagen zu Resultaten und einem gewissen Abschluß zu kommen. Nahezu alle Staaten Europas haben die Chefs ihrer Regierungen und die wichtigsten Mitglieder ihrer Kabinette nach der Konferenzstadt entsandt, die aus innerpolitischen Gründen nicht allzu lange abwesend sein können. Lloyd George möchte gern noch zwei sichtbare Erfolge der Konferenz erreichen: Ein Abkommen zwischen den Alliierten und Rußland und ein europäisches Abkommen über die Sicherung des Friedens. Dazu kommt für Deutschland vor allem die Vorbereitung der internationalen Anleihe, die uns vor einem französischen Vorstoß am 31. Mai schützen könnte. Die erste Frage geht wegen der unannehmbaren russischen Bedingungen nahezu hoffnungslos. Die Russen forderten im Sachverständigenausschuß:

dreißigjähriges Moratorium, Vorkriegsschulden werden nicht anerkannt, nationalisierte Güter werden aus prinzipiellen Gründen nicht zurückgegeben, bedingungslose Anerkennung der Sowjetrepublik.

Die Kommission erklärte, auf der Grundlage dieser Vorschläge nicht weiter verhandeln zu können. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen zwischen den Alliierten und Rußland zum Scheitern verurteilt worden sind, und es würde daher nur noch übrigbleiben die Annahme einer Resolution durch die Konferenz, in der die europäischen Mächte sich verpflichten, während der nächsten zehn Jahre keine feindlichen Angriffe gegeneinander zu unternehmen. An dem Entwurf zu dieser Resolution arbeitet Lloyd George. Er wird ihn aber nicht vorlegen, ohne sich mit den Alliierten über ihren genauen Wortlaut verständigt zu haben. Es ist sicher, daß in dieser Resolution über den zehnjährigen europäischen Frieden kein Wort von der Abrüstung oder der Einschränkung der Rüstungen stehen wird, da Frankreich den schärfsten Widerspruch dagegen erhebt.

Deutsche Sorgen.

Die deutschen Delegierten und Sachverständigen haben inzwischen in den Kommissionen fleißig mitgearbeitet. So haben sie eine Reihe von Vorschlägen zum wirtschaftlichen Teil des Londoner Memorandums überreicht, die sich besonders auf Erleichterungen des Handelsverkehrs und einseitige Gestattung des Zollverkehrs erstrecken. Ferner hat der deutsche Wirtschaftsminister Schmidt der Wirtschaftskommission ein Ersos überreicht, das Maßnahmen zum Schutze der Arbeitszeit und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorschlägt. Die Hauptfrage der Deutschen ist jedoch auf die

große internationale Anleihe gerichtet, die allerdings weniger offiziell als privatim in Genua vorbereitet werden kann. Der bekannte englische Wirtschaftspolitiker Keynes weiß darüber mitzuteilen:

Der Plan, den die Deutschen vorschlagen, sei, daß die Darlehensraten für jedes der nächsten vier Jahre auf den bereits für das gegenwärtige Jahr festgesetzten Betrag von 720 Millionen Goldmark festgesetzt werden sollen. Diese Zahlungen würden zu den Kohlen-, Holz- und Farben- und zu den Sachlieferungen nach dem Bielefelder Abkommen hinzutreten. Dann würden die Darlehensraten für die ganze vierjährige Periode auf weniger als 3 Milliarden zu stehen kommen. Der Betrag der Anleihe würde etwas höher anzusetzen sein, etwa mit 4 Milliarden, so daß Deutschland einen Überschuss gewänne, um noch ungedeckte Zahlungen für Schulden aus der Vorkriegszeit nach dem Ausgleichsverfahren zu erledigen, die Zinsen der Anleihe selbst zu zahlen und die Valuta in Augenblicken der Schwäche zu füllen. Dann würde ihrer Ansicht nach eine solche Wiederaufhebung des Vertrauens innerhalb wie außerhalb Deutschlands eintreten mit dem Ergebnis, daß Deutschland nach vier Jahren zur Zahlung ansehnlicher Beträge instande wäre.

Ob diese Mitteilungen von Keynes ganz zutreffend sind, ist von amtlicher deutscher Seite noch nicht bestätigt, und Keynes selbst beurteilt diesen Plan sehr pessimistisch. Eine bessere Hoffnung könnte vielleicht aus amerikanischen Meldungen geschöpft werden. Neuer meldet aus New York, daß Victor P. Morgan die Einladung der Reparationskommission, Mitglied des Ausschusses zur Erörterung der Möglichkeit der Ausgabe einer internationalen Anleihe für Deutschland zu werden, angenommen hat. Morgan wird Mitte Mai nach Europa abfahren. Ferner erklären amerikanische Bankiers, daß unter geeigneten Bedingungen ein beträchtlicher Teil der deutschen Obligationen in Amerika untergebracht werden könnte.

Ein deutscher Antrag.

In der Kommission für Kreditfragen in Genua stellte Minister Heremes für die deutsche Delegation den Antrag, in die Überschrift zu dem Kapitel Kredit die Worte aufzunehmen: „Einschließlich langfristiger Anleihen“ und dort, wo von der internationalen Korporation die Rede ist, durch Ergänzung klarzustellen, daß an den wichtigen finanziellen Transaktionen auch internationale Finanzinstitute beteiligt sein sollen. Aber diese deutschen Anträge soll in der nächsten Sitzung endgültig Entscheidung getroffen werden. Der Vorsitzende erklärte jedoch schon jetzt, daß er seinerseits Bedenken gegen die Anträge der Deutschen nicht hätte.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Sühne für die Petersdorfer Vorfälle.

Die deutsche Regierung hat auf die letzte Note der Alliierten wegen der Verfolgung der in der Angelegenheit der Zusammenstöße mit Franzosen in Gielwitz-Petersdorf beteiligten Deutschen geantwortet, daß auch sie eine Sühne für die Vergehen als notwendig erachte, daß aber ihre Bemühungen zur Ergreifung der Personen bis zur Stunde noch ohne Erfolg geblieben sind.

Die Festlegung des Markwertes.

Ein Gutachten der Sozialversicherungskommission weist darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft außerstande ist, die Lasten der Reparation und die inneren Lasten aus den laufenden Verträgen auszuführen. Als vorläufiges Ziel könne deshalb nur die Währungsreform in Frage kommen. Weder die Goldwährungsreform noch Betriebskredite bedeuten die Abhilfe. Voraussetzungen für die Stabilisierung der Mark seien eine geordnete Zahlungsabwicklung und ausreichende Mengen von Gold (Golddevisen, auswärtige Kredite u. s. w.). Produktion und Konsum sind durch Erweiterung der Produktion in Einklang zu bringen. Der Reichshaushalt ist ohne Notenausgabe, durch Steuern und, soweit erforderlich, durch langfristige innere Anleihen, zu balancieren. Die Reparationszahlungen (Gold- und Sachleistungen) müssen für die nächsten fünf Jahre erleichtert werden. Und die in den nächsten fünf Jahren zu leistenden Darlehenszahlungen werden durch eine internationale Anleihe aufgebracht, die zu verzinsen Deutschland sich verpflichtet.

Mieterschutz und Mieteinigungsämter.

Ein Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter, das die Kündigung von Mietverträgen regelt und über das Verfahren vor den Mieteinigungsämtern Bestimmungen trifft, liegt im Entwurf dem Reichsrat vor. Das Gesetz soll gleichzeitig mit dem lediglich Vorschritten über die Höhe der Mieten enthaltenen Reichsmietengesetz, zu dessen Ergänzung es bestimmt ist, am 1. Juli in Kraft treten.

Einspruch gegen die neue Güterverkehrsordnung.

Gegen die neue Güterverkehrsordnung wandte sich in Hannover eine von Vertretern aus allen Wirtschaftskreisen stark besuchte Versammlung des Verkehrsverbands Niedersachsen. Die Versammlung erhob schärfsten Einspruch gegen die für den 1. Mai geplante übermäßige Erhöhung